



Wahlen in der Türkei am 24. Juni: Ausgangssituation und Wahlbündnisse

von Yunus Ulusoy

Die Türkei steht, knapp ein Jahr nach dem Verfassungsreferendum, wieder vor einer Richtungswahl, die darüber entscheiden wird, ob Staatspräsident Erdoğan 2023, im 100. Gründungsjahr, noch immer die Geschicke der Republik Türkei bestimmen wird.

Die vorliegende Kurzanalyse befasst sich mit den Motiven und Kalkülen des Regierungslagers, den ursprünglichen Wahltermin vom November 2019¹ für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen um anderthalb Jahre vorzuziehen. Es werden die Situation der Opposition und die kurzfristig entstandenen Wahlbündnisse im Zusammenhang mit dem im Vorfeld geänderten Wahlrecht analysiert.

Die gleichzeitige Durchführung der beiden Wahlen ist dabei eine Folge der Änderungen der türkischen Verfassung von 2017. Im Falle der Verfehlung einer absoluten Mehrheit bei der Staatspräsidentenwahl erfolgt am 8. Juli 2018 eine Stichwahl.

Motive für die vorgezogenen Wahlen

Die geänderte Verfassung hebt nicht nur weitgehend die Gewaltenteilung zugunsten des Präsidenten aus, sie hat für Erdoğan ande-



© Fotolia-angirma

erseits auch einen wesentlichen Nachteil: Er muss nunmehr bei der ersten Direktwahl des Staatspräsidenten/der Staatspräsidentin die absolute Mehrheit von mehr als 50% der Wählerstimmen erhalten – anders als im alten parlamentarischen System, wo aufgrund der 10%-Hürde deutlich geringere Stimmenanteile für den Machterhalt der Exekutive ausreichen. So ist Erdoğan's Mehrheit selbst unter den Bedingungen der massiven Benachteiligung der Opposition und des Einsatzes seiner geballten Staats- und Medienmacht nicht gewiss. Zur Erinnerung: Die Zustimmung zur umstrittenen neuen Verfassung betrug 2017 nur knappe 51,4%. In absoluten Zahlen betrug die Differenz zwischen Ja- und Nein-Lager rund

1,4 Mio. Stimmen. Inzwischen sind allerdings 1,65 Mio. neue Jungwähler*innen hinzugekommen, die somit eine entscheidende Rolle spielen können.²

Für Erdoğan und die AKP scheint der vorgezogene Wahltermin nicht leicht zu vermitteln gewesen zu sein, waren sie in der Vergangenheit doch um den Eindruck bemüht, Stabilität und Verlässlichkeit hochzuhalten und auch Wahltermine zu achten. Daher war offiziell Devlet Bahçeli, Vorsitzender der nationalistischen MHP, der Initiator der Vorverlegung: Er forderte am 17. April 2018 in der Fraktionssitzung seiner Partei vorgezogene Neuwahlen und plädierte zunächst für einen Termin Ende August 2018. Er begründete seine Forderung martialisch damit, dass dies die Möglichkeit bieten würde, „allen Feinden der Türken und der Türkei eine notwendige (...) Lektion zu erteilen“.³ Die Partei stritt zugleich eine Absprache mit Erdoğan und der AKP ab, was Erdoğan, der zuvor immer wieder die Einhaltung der festgesetzten Wahltermine versprochen hatte,⁴ einen kompletten Gesichtverlust ersparte.

In der Folge wurde zwischen Erdoğan und Bahçeli dann eine Terminierung der Wahlen auf den 24. Juni vorgenommen und schon am 20. April im Parlament beschlossen. Erdoğan begründete seine Zustimmung zu Bahçelis Vorstoß mit der Notwendigkeit der Schaffung klarer Verhältnisse auch angesichts der „historischen Entwicklungen in Syrien und Irak“, womit er unter anderem die Bedrohung durch einen möglichen kurdischen Staat und die Beteiligung der Türkei am Syrien-Krieg meinen sollte.

Tatsächlich sind aber andere, mindestens zusätzliche Motive Erdoğan's anzunehmen:

Weitere Schmälerung der Chancen der Opposition: Die überraschende Vorverlegung der Wahlen war dazu angetan,

die zersplitterte Opposition zu überfordern, die Teilnahmechancen einzelner Parteien zu verringern, aussichtsreiche Wahlbündnisse zu verhindern und dabei auch die Repressionen des Ausnahmezustands zu nutzen.

Der stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen CHP, Enis Berberoğlu, war wegen Spionage zu 25 Jahren Haft verurteilt worden. Selahattin Demirtaş, ehemaliger Herausforderer von Erdoğan bei den Präsidentschaftswahlen 2014 und noch bis zum 11.02.2018 Co-Vorsitzender der prokurdischen HDP, sitzt in Untersuchungshaft, ebenso wie seine HDP-Kollegin Figen Yüksesdağ. Einschließlich dieser beiden prominenten ehemaligen Parteiführer*innen sitzen insgesamt neun Abgeordnete der HDP in Haft. Zudem haben sieben Abgeordnete der HDP aufgrund von Verurteilungen ihren Parlamentssitz verloren.

Für die Staatspräsidentschaft können Kandidat*innen derjenigen Parteien antreten, die entweder über eine Mindestfraktionsgröße von 20 Abgeordneten im türkischen Parlament verfügen oder die in der letzten Parlamentswahl mindestens 5% der Stimmen errungen haben, sowie Kandidat*innen, die mindestens 100.000 Unterstützungsunterschriften für sich sammeln konnten. Drei Parteien, die eine/n Präsidentschaftskandidat*in aufstellen wollten, waren darauf angewiesen, kurzfristig diese Unterstützungsunterschriften beizubringen, so die Saadet Partisi, Nachfolgepartei der Bewegung von Erdoğan's Ziehvater Necmettin Erbakan unter dem Vorsitzenden Temel Karamollaoğlu, die linksnationalistische Vatan Partisi mit dem Vorsitzenden Doğu Perinçek und die neu gegründete İYİ Parti mit Meral Akşener an der Spitze.

Letztere ist ein Auffangbecken für zumeist ehemalige MHP-Angehörige, die den Kurs

der Annäherung der Partei an die AKP nach dem Putschversuch 2016 nicht mitvollzogen haben. Die İYİ Parti ist neben CHP und HDP die einzige Oppositionspartei, deren Abschneiden maßgeblich einen Erfolg Erdoğan und der AKP gefährden kann. Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, dass für die Sammlung der Unterstützungsunterschriften kurzfristig ein Zeitraum von nur sechs (!) Tagen Anfang Mai gesetzt wurde. Dies kann vor allem als Versuch interpretiert werden, Meral Akşener als Präsidentschaftskandidatin zu verhindern. Dieser Versuch scheiterte allerdings an einem überraschenden Manöver der CHP, indem 15 ihrer Abgeordneten vorübergehend zur İYİ-Splitterfraktion wechselten und so die notwendige Fraktionsgröße für eine Kandidat*innenaufstellung zustande kam. Die 100.000 Unterstützungsunterschriften konnte Akşener, wie auch Karamollaoğlu von der Saadet Partisi und Perinçek von der Vatan Partisi, dennoch fristgerecht einholen.⁵

Ausnutzung nationalistischer Stimmung: Der Abbruch des Friedensprozesses mit der PKK 2015 und die Allianz der USA mit der kurdischen YPG, die in der Türkei mit der PKK gleichgesetzt wird, weckt Ängste vor einem Zerfall des Landes, auf deren Grundlage nationalistische Stimmungen gedeihen und politisch instrumentalisiert werden können – so durch die Inszenierung Erdoğan als obersten Befehlshaber des Heeres und Garant der Einheit der Türkei. Ein Fortbestand dieser Stimmungslage bis zum November 2019 und die Entwicklungen im Syrien-Krieg bis dahin sind nicht gewiss.

Der Wirtschaftskrise zuvorkommen: Die Türkei sieht sich, trotz starkem Wirtschaftswachstum von zuletzt 7,4%, enormen wirt-

schaftlichen Risiken gegenüber, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung ihres Leistungsbilanzdefizits. Dieses betrug 2017 nach vorläufigen Angaben des Staatlichen Amtes für Statistik (TUIK) nahezu 77 Mrd. US-Dollar, eine Steigerung von 37,5% gegenüber dem Vorjahr. Der Finanzierungsbedarf und die Verschuldung wachsen damit bei gleichzeitiger Herabstufung des Landes durch internationale Ratingagenturen. Dadurch gerät die türkische Lira unter Druck, verliert an Wert und veranlasst damit potenziell konjunkturdämpfende höhere Leitzinsen der türkischen Zentralbank. Die Wahlen sollen nun zu einem Zeitpunkt stattfinden, zu dem die Bürger*innen die zu erwartende Wirtschaftskrise möglichst noch nicht unmittelbar spüren.

Nutzung der Mobilisierungsmöglichkeiten der religiösen Klientel im Ramadan: Im Fastenmonat sind die Moscheen gut gefüllt, religiöse Emotionen aktivierbar und potenzielle AKP-Wähler damit leicht zu mobilisieren; für eine islamisch-konservative Partei also die Zeit, diesen Wettbewerbsvorteil zu nutzen. Säkulare Wähler*innen, die den Ramadan anderweitig nutzen, müssen hingegen, wegen der fehlenden Möglichkeit der Briefwahl, eher ihre Urlaubsplanung überdenken.

Folgen des neuen Wahlrechts

Am 13. März 2018 verabschiedete das Bündnis aus AKP und MHP im Parlament eine Änderung des Wahlgesetzes, gegen den Widerstand und ohne Beteiligung der Opposition. Das neue Wahlrecht bevorzugt, bezogen auf die Parlamentswahlen, nun insbesondere Wahlbündnisse, wie die AKP und die MHP eines eingegangen sind. Das türkische Wahlsystem sieht eine 10%-Hürde vor, die nach dem Militärputsch von 1980

eingeführt worden war, um einer Fragmentierung des politischen Systems entgegenzuwirken. Diese Hürde gilt auch bei der bevorstehenden Parlamentswahl, war aber im Zuge der Verfassungsreform immer wieder Thema.

Statt die Sperrklausel aufzuheben oder zumindest deutlich zu senken und damit eine möglichst breite Abbildung des Wählerwillens zuzulassen, wurden mit der Wahlrechtsreform nur Wahlbündnisse von der Klausel insofern befreit, als ihre Stimmen für das Überspringen der 10%-Hürde addiert werden, wovon der neue AKP-Bündnispartner MHP profitieren dürfte, dessen Einzug ins Parlament sonst fraglich gewesen wäre. Das neue Wahlrecht scheint also weniger der Stabilität der türkischen Demokratie, sondern Partikularinteressen zu dienen.

Zudem befürchtet die Opposition die Begünstigung von Manipulationen durch das geänderte Wahlsystem. In der Kritik stehen u.a. die Anerkennung von Wahlzetteln ohne Stempel des Wahlrats auf dem Kuvert (was schon zu massiven Manipulationsvorwürfen beim Verfassungsreferendum geführt hatte),⁶ die Möglichkeit der Zusammenlegung von Wahllokalen oder ihre Verlegung nach außerhalb des Wahlortes,⁷ die Ernennung des Vorsitzenden des lokalen Wahlvorstandes aus den Reihen der Beamtenschaft⁸ und das Eintüten der Stimmzettel von Präsidenten- und Parlamentswahl in dasselbe Wahlkuvert. Auch Abstandsgrenzen für Sicherheitskräfte sind weggefallen, so dass sich diese nun unmittelbar vor dem Eingang von Wahllokalen postieren können.⁹

Aktuelle Wahlbündnisse als Folge des neuen Wahlsystems

Unter diesen Vorzeichen – auf der einen Seite eine Parteienallianz mit einem auf sie zugeschnittenen Wahlsystem, und auf der anderen Seite eine programmatisch und ideologisch heterogene wie auch Repressionen ausgesetzte Opposition – wurden die Neuwahlen angesetzt. Die politischen Konkurrenten der AKP, insbesondere die neugegründete İYİ Parti, mussten damit rechnen, nicht über die 10%-Hürde zu kommen, so sie nicht ein Bündnis mit der größten Oppositionspartei eingehen.

Das im Vorfeld geschmiedete Bündnis von AKP und MHP erweiterte sich zwischenzeitlich noch um die nationalistisch-islamistische Splitterpartei BBP. Das Bündnis tritt unter der Bezeichnung „Volksallianz“ bei der Parlamentswahl an. Erdoğan ist ihr gemeinsamer Präsidentschaftskandidat. Die Einheit von Präsident und Parlamentsmehrheit ist Grundpfeiler des erdoğanischen Machtsystems. Sein Wahlbündnis soll damit sowohl seine Präsidentschaft als auch seine Machtbasis im Parlament sichern.

Die Opposition tat sich erwartungsgemäß schwer, sich nach der überraschenden Anberaumung der Wahlen zu sortieren. Dies hing auch mit der Schwierigkeit zusammen, sich auf eine/n gemeinsame/n Präsidentschaftskandidat*in zu einigen. Die Idee, den ehemaligen Staatspräsidenten Abdullah Gül zum gemeinsamen parteiübergreifenden Kandidaten zu machen, wurde schnell wieder verworfen, weil innerhalb der CHP großer Widerstand gegen den ehemaligen Weggefährten Erdoğan bestand und die İYİ-Kandidatin Akşener auf der Aufrechterhaltung ihrer eigenen Kandidatur bestand. Die Integration der HDP in ein

Bündnis von CHP und İYİ Parti war ideologisch schwer vermittelbar und hätte zudem angesichts der nationalistischen Stimmung im Land erhebliche Angriffsfläche für das Regierungslager im Wahlkampf geboten, zumal sich HDP-Präsidentschaftskandidat Selahattin Demirtaş wegen „Terrorunterstützung“ in Haft befindet.

Ergebnis war schließlich ein Wahlbündnis für die Parlamentswahl aus CHP, İYİ Parti und Saadet Partisi und der konservativen Splitterpartei DP, allerdings ohne eine/n gemeinsame/n Kandidat*in für das Staatspräsidentenamt. Das unter dem Namen „Allianz der Nation“ geschlossene Wahlbündnis dient zum einen der Verhinderung der Parlamentsmehrheit für die AKP, zum anderen als Vorbereitung der Unterstützung des aussichtsreichsten Kandidaten/der aussichtsreichsten Kandidatin für das Staatspräsidentenamt in einer möglichen Stichwahl.

Präsidentschaftskandidat der CHP und Hauptkonkurrent Erdoğan's ist nun Muharrem İnce von der CHP. Er ist als Angehöriger des national-kemalistischen Flügels innerhalb der CHP einerseits in der Lage, die aktuelle nationalistische Stimmungslage in der Türkei anzusprechen, hat aber bisher den Spagat geschafft, auch Offenheit für die Belange der kurdischen Wähler zu signalisieren, so etwa mit seiner Forderung der Freilassung von Selahattin Demirtaş.

Gegen Erdoğan konkurrieren mit İnce fünf Präsidentschaftskandidat*innen um die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang. Dabei sprechen insbesondere Meral Akşener und Temel Karamollaoğlu, wie Erdoğan auch, national-konservative und religiöse Wählerschichten an. Die Gegenkandidat*innen Erdoğan's konnten notwendige Unterstützungsunterschriften auch des-

halb so schnell fristgerecht sammeln, weil CHP-Wähler*innen sie aktiv unterstützten, um möglichst viel Potenzial der Opposition für die erste Wahlrunde zu mobilisieren.

Ausblick auf den möglichen Wahlausgang

Unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl ist nur dann eine Parlamentsminderheit des Erdoğan-Bündnisses wahrscheinlich, wenn die HDP die 10%-Hürde überspringt. Zudem rechnen einige Wahlforscher damit, dass zumindest ein gewisser Teil demokratisch gesinnter konservativ-nationaler Wähler der Mittelschicht Erdoğan zwar wählen wird, aber seinem Wahlbündnis im Parlament die Stimme verweigern könnte, um einer zu großen Machtfülle entgegenzuwirken.

Bei den beiden Parlamentswahlen in 2015 konnte die HDP im Juni mit über 13% und im November mit 10,8% ins Parlament einziehen. Daher ist auch nun der Parlamentseinzug der HDP eher wahrscheinlich, wenn man bedenkt, in welchem Maße die AKP gemeinsam mit der MHP die Türkei in den vergangenen Jahren polarisiert, den Friedensprozess mit den Kurd*innen aufgegeben und kurdische Unabhängigkeitsbestrebungen in Syrien und im Irak bekämpft hat. Zudem wächst die kurdische Bevölkerung überdurchschnittlich, was zu einem steigenden HDP-Wählerpotenzial führt, für das sich allerdings auch CHP und Saadet-Partisi zunehmend öffnen.

Schwieriger sind Prognosen über die Erfolgsaussichten der neuen İYİ Parti, die bisher nicht an Wahlen teilgenommen hat. Bekannt ist, dass beim Verfassungsreferendum ein beträchtlicher Teil der MHP-Wähler*innen nicht mit Ja gestimmt hat, wobei es sich vermutlich um die heutigen Anhänger*innen von İYİ gehandelt haben

dürfte. Die Partei besitzt also durchaus das Potenzial, in beträchtlichem Umfang Wähler*innen von der MHP, aber auch von der AKP für sich zu gewinnen.

Bei der Wahl des Staatspräsidenten/der Staatspräsidentin wird die Chance, eine absolute Mehrheit Erdoğan's zunächst im ersten Wahlgang zu verhindern, in großem Umfang vom Abschneiden des CHP-Kandidaten Ince abhängen. Der Entfremdung zwischen der CHP und der konservativ-religiösen Bevölkerungsmehrheit in der Türkei könnte er stellenweise aufgrund seiner Biographie, Persönlichkeit und seiner Offenheit für eine modernisierte Religiosität entgegenwirken. Er stammt aus einer konservativ-religiösen Familie und zeigt sich öffentlich beim Gebet. Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere der Kursverfall der Lira und die Inflation, kann Erdoğan und seine AKP in den kommenden Wochen noch in die Defensive bringen.

Jede/r Sieger*in der Präsidentschaftswahl wird die Türkei zunächst mit umfassenden Befugnissen gemäß der Verfassungsänderung von 2017 regieren. Allerdings versprechen alle Gegenkandidat*innen Erdoğan's immerhin die Wiederherstellung von parlamentarischer Demokratie und Gewaltenteilung. ●

Endnoten

1. Das Datum 3. November war dabei nicht zufällig gewählt worden: Es ist symbolträchtig, weil Erdoğan's AKP genau 17 Jahre zuvor zum ersten Mal ins Parlament eingezogen ist.
2. URL: <http://www.haberturk.com/ysk-secmen-sayisini-acikladi-1965633>, Stand 06.06.2018.
3. URL: <http://www.hurriyet.com.tr/gundem/son-dakika-bahceliden-erken-secim-mesaji-40807547>, Stand 28.05.2018.
4. So zuletzt am 20. März 2018; URL: <https://www.haberler.com/erdogan-dan-erken-secim-iddialarina-yanit-2019-10676169-haber/>, Stand 28.05.2018.
5. Meral Akşener: 255.582; Temel Karamollaoğlu: 167.967; Doğu Perinçek: 118.575.
6. Damals hatte der Hohe Wahlrat diese Festlegung getroffen. Nunmehr ist sie in das Wahlgesetz eingeflossen.
7. Von dieser Regelung sollen 140.000 Wähler*innen im Südosten der Türkei, insbesondere in den kurdisch besiedelten und von Kämpfen mit der PKK bedrohten Regionen, betroffen sein.
8. Zuvor konnten die vier stärksten Parteien in der jeweiligen Provinz im Zusammenwirken mit dem lokalen Wahlausschuss Kandidat*innen für den Vorsitz vorschlagen, die anschließend per Los bestimmt wurden.
9. Begründet wurde dies mit Sicherheitsargumenten und der Prävention von Wählereinschüchterung durch die PKK.



Verfasser:

Yunus Ulusoy

0201/3198-105—ulusoy@zfti.de

Altendorfer Str. 3, 45127 Essen

www.zfti.de



Das ZfTI ist eine Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender des Stiftungskuratoriums

Stellv. Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp

Institutsvorstand

Wolfram Kuschke, Staatsminister a.D.,

Vorsitzender

Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt

Essen, stellv. Vorsitzender

Prof. Dr. Andreas Blätte, Universität Duisburg-Essen

Institutsleitung

Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan

apl. Prof. Dr. Dirk Halm (stellv. Leiter)